

# Wirtschaft im Wandel

4/2021

22. Dezember 2021, 27. Jahrgang



Steffen Müller, **s. 75**

## **Weniger Krisenmodus und wieder mehr Wettbewerb, bitte!**

Steffen Müller **s. 76**

Aktuelle Trends: Weniger Gewerbeabmeldungen  
seit Beginn der Pandemie

Reint Gropp **s. 77**

Neue Basel-Regeln: Mehr Stabilität,  
weniger Kredite?

## Inhaltsverzeichnis

- 75    Kommentar: Weniger Krisenmodus und wieder mehr Wettbewerb, bitte!  
      Steffen Müller
- 76    Aktuelle Trends: Weniger Gewerbeabmeldungen seit Beginn der Pandemie  
      Steffen Müller
- 77    Neue Basel-Regeln: Mehr Stabilität, weniger Kredite?  
      Reint Gropp
- 80    Meldungen
- 81    Veranstaltungen
- 82    Publikationen
- 84    Diskussionspapiere
- 84    Pressemitteilungen
- 85    Das IWH in den Medien
- 86    Personalien

## Weniger Krisenmodus und wieder mehr Wettbewerb, bitte!

Steffen Müller, Leiter der Abteilung Strukturwandel und Produktivität



Ende November kam die frohe Kunde aus Nürnberg: Die Arbeitslosenzahlen sind weiter gesunken, sogar den zehnten Monat in Folge. Was auf der einen Seite erfreulich ist, zeigt auf der anderen Seite, dass Arbeitskräftemangel eines der größten Probleme der deutschen Wirtschaft ist. Wir erinnern uns gut an die großen Schwierigkeiten vieler Gastronomen, in diesem Sommer Arbeitskräfte zu finden. Ein Blick auf den Arbeitsmarkt für Pflegekräfte oder Lehrer zeigt ein ähnliches Bild. Die demographische Entwicklung der nächsten Jahre dürfte diesen Engpass in vielen Branchen weiter dramatisch zuspitzen – auch wenn Zuwanderung und Automatisierung die Lage hier und da werden abmildern können. Klar ist also, dass Arbeit eine zunehmend knappe Ressource ist und somit bestmöglich genutzt werden muss. Der gerade erschienene nationale Produktivitätsbericht des Sachverständigenrats macht ebenfalls eindringlich deutlich, dass Arbeit möglichst ungehindert zu den besten Unternehmen wandern können muss, wenn Deutschland auch morgen noch ein wohlhabendes Land sein will.

Wie passt dieser einleuchtende Befund zusammen mit den strukturbewahrenden Corona-Hilfspaketen der letzten eineinhalb Jahre und den neuerlichen Ankündigungen aus dem Bundeswirtschafts- und Bundesarbeitsministerium, die Überbrückungshilfe III und das Kurzarbeitergeld nochmals um drei Monate bis März 2022 zu verlängern? Klar, bei Ausbruch der Krise war staatliche Hilfe unumgänglich und unstrittig. Aber langfristig? Sollten die Maßnahmen wirklich im März 2022 auslaufen, dann wäre die Hilfe schon fast zwei Jahre lang gezahlt worden. Es ist eine einfache ökonomische Wahrheit: Wer Wettbewerb langfristig behindert, hält unwirtschaftliche Unternehmen künstlich am Leben und behindert die optimale Allokation von Ressourcen und somit das Produktivitätswachstum. Unwirtschaftliche Unternehmen – so genannte Zombie-Unternehmen – gab es immer, aber die extrem niedrigen Insolvenzzahlen und der langanhaltende Rückgang bei den Gewerbeabmeldungen (vgl. Auswertung in diesem Heft) zeigen eindrücklich, dass sich hier ein Problem auf türmen kann.

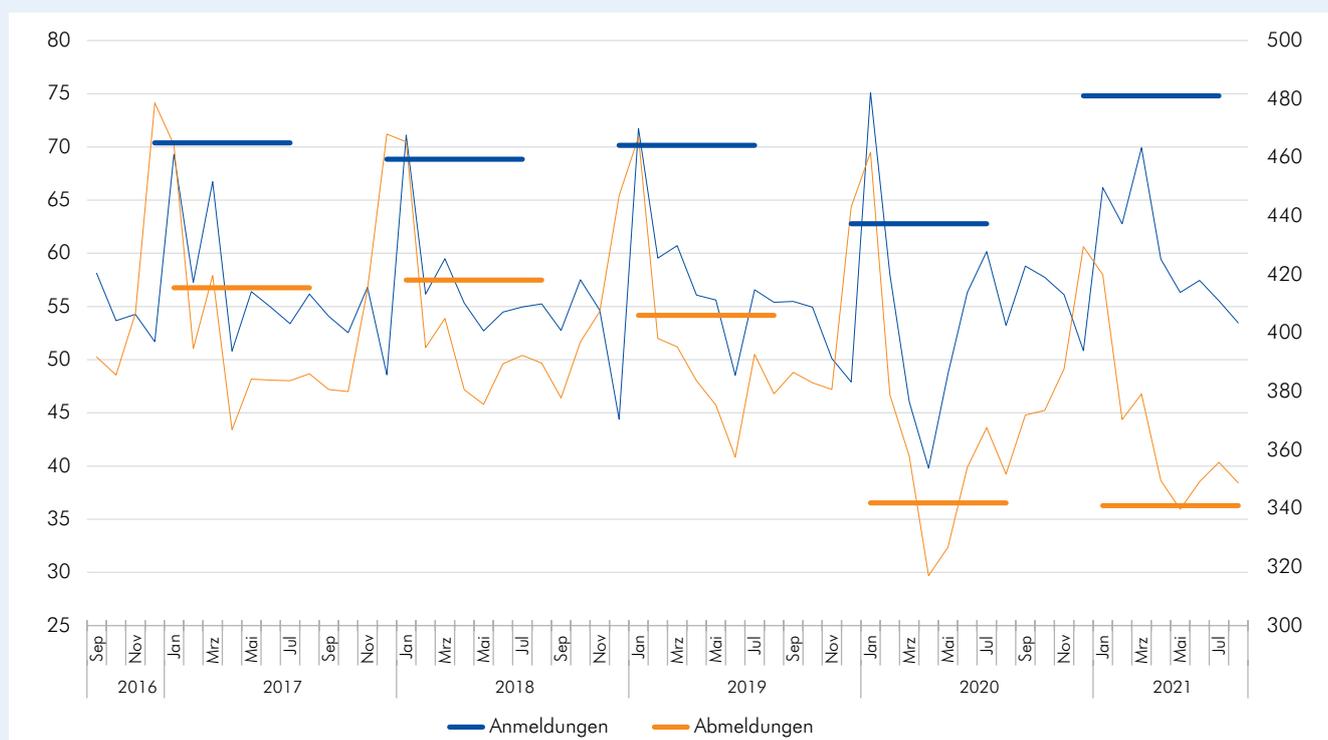
Neben „Altlasten“ in Form von Zombie-Unternehmen wird durch die Pandemie selbst ein Strukturwandel ausgelöst. So ist es zum Beispiel unklar, ob der stationäre Einzelhandel jemals wieder seine alte Bedeutung zurückerlangen kann und ob die Menschen im nächsten und übernächsten Winter tatsächlich wie früher in vollen Klubs tanzen gehen möchten. Diese Bedenken bestünden selbst dann, wenn eine Impfpflicht käme: Wir sehen gerade in diesen Tagen, wie selbst Länder mit extrem hohen Impfquoten wie zum Beispiel Portugal ihre Corona-Regeln wieder verschärfen müssen. Neue Virusvarianten können uns zusätzlich das Leben schwermachen. Vor diesem Hintergrund stellt sich durchaus die Frage, ob alle Unternehmen in diesen Branchen dauerhaft überlebensfähig sind und ob es wirklich angeraten ist, Unternehmen, die sich nicht an die neue Situation anpassen können oder wollen, weiter mit Steuergeldern zu helfen und dort damit Arbeitskräfte zu binden, die an anderer Stelle händeringend gesucht werden.

Die Ankündigung, das Kurzarbeitergeld lediglich für drei Monate zu verlängern – und nicht wie im August 2020 um mehr als zwölf Monate – und die Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge auf 50% zurückzuführen, verstehe ich als behutsamen Schritt auf dem richtigen und notwendigen Weg zurück zu einer am Wettbewerb orientierten Wirtschaftspolitik. 

# Aktuelle Trends: Weniger Gewerbeabmeldungen seit Beginn der Pandemie

Steffen Müller

Gewerbebeanmeldungen und Gewerbeabmeldungen in Deutschland, September 2016 bis August 2021  
pro Monat (linke Achse) und Summe Januar bis August (Querbalken, rechte Achse); Anzahl in 1000



Quellen: Destatis; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Insolvente Unternehmen sind zahlungsunfähig oder überschuldet und werden in den allermeisten Fällen geschlossen. Dagegen wird ein Gewerbe nicht nur bei der Insolvenz eines Betriebes abgemeldet, sondern z. B. auch, wenn ein Weiterbetrieb nicht lohnend erscheint. Somit sollte sich die gegenwärtige Corona-Krise auch in einer höheren Zahl an Gewerbeabmeldungen spiegeln. Die Statistik liefert jedoch – ähnlich wie bei den Insolvenzen<sup>1</sup> – ein gegenteiliges Bild: Seit dem Beginn der Pandemie im Frühjahr 2020 ist die Zahl der Gewerbeabmeldungen in Deutschland nicht gestiegen, sondern deutlich gesunken. Im Zeitraum von Januar bis August 2021 (neuere Daten liegen noch nicht für alle Bundesländer vor) wurden 340 000 Gewerbe abgemeldet, genauso viele wie im gleichen Zeitraum des

ersten Pandemiejahres 2020. In den Jahren vor der Corona-Krise 2017 bis 2019 gab es von Januar bis August im Mittel 410 000 Abmeldungen. Die Zahl der Gewerbebeanmeldungen hat den Einbruch zu Beginn der Pandemie dagegen im Jahr 2021 wieder wettgemacht. Dass die Gewerbeabmeldungen auch im Jahr 2021 noch weit unter den Werten von vor der Pandemie liegen, deutet darauf hin, dass viele Unternehmen, auch dank staatlicher Hilfen, in einer Art Dämmerzustand verweilen und die dort unproduktiv gebundenen Produktionsfaktoren nicht im gesamtwirtschaftlich gewünschten Umfang in andere, produktivere Verwendungen überführt werden (vgl. Kommentar in diesem Heft). 

Professor Dr. Steffen Müller

Leiter der Abteilung Strukturwandel und Produktivität

[Steffen.Mueller@iwh-halle.de](mailto:Steffen.Mueller@iwh-halle.de)

<sup>1</sup> Vgl. Müller, S.: Unternehmensinsolvenzen seit Ausbruch der Pandemie, in: *Wirtschaft im Wandel*, Vol. 27 (2), 2021, 35–38.

# Neue Basel-Regeln: Mehr Stabilität, weniger Kredite?\*

Reint Gropp

Ein Kernpunkt des geplanten Basel-III-Regelwerks sind die gestiegenen Eigenkapitalanforderungen. Umsetzungsprobleme könnten die gewünschten Effekte der Reformen jedoch konterkarieren. Zum einen könnten Banken ihre Eigenkapitalquote erhöhen, indem sie weniger Kredite an risikoreiche Kreditnehmer vergeben, statt ihr Eigenkapital aufzustocken. Hiervon wären vor allem mittelständische Unternehmen ohne Kreditrating betroffen. Zum anderen lassen auch die neuen, strengeren Regeln den nationalen Bankenaufscheidern Bewertungsspielräume, die von den Banken – politisch geduldet – zu einer Inflationierung ihres Eigenkapitals genutzt werden könnten.

*JEL-Klassifikation: E51, E58, G21, G28*

*Schlagwörter: Basel III, EBA-Kapitalerhöhungen, Eigenkapitalanforderungen, Kreditangebot, Nachsicht der nationalen Aufsicht*

Ein Kernpunkt der kürzlich vorgestellten Pläne für das Basel-III-Regelwerk sind die gestiegenen Eigenkapitalanforderungen. Die Erhöhung des Eigenkapitals ist grundsätzlich gut geeignet, das Bankensystem stabiler zu machen. Dadurch können Banken Risiken besser absorbieren. Zudem haben Bankeigentümer nun schlichtweg mehr zu verlieren. Deswegen sinken für sie die Anreize, Risiken überhaupt einzugehen.

Zwei Studien am IWH haben jedoch gezeigt, dass bei der Umsetzung der schärferen Regeln mindestens zwei Probleme auftauchen können, die die gewünschten Effekte der Reformen konterkarieren könnten.

## Verbesserung der Eigenkapitalquote durch Kreditverknappung

Das erste Problem besteht darin, dass die Eigenkapitalanforderungen als Relation zwischen dem regulatorischen Eigenkapital<sup>1</sup> und den risikogewichteten Vermögenswerten berechnet werden.

Die Idee der Reformen ist es, den Zähler dieser Relation zu erhöhen. Die Forschung zeigt jedoch, dass Banken es oft vorziehen, den Nenner zu reduzieren. Dies steigert ebenfalls die Eigenkapitalrelation. Die Bank erfüllt die Kapitalanforderungen so auch. Den Nenner der Relation

zu reduzieren heißt allerdings, das Kreditangebot zu verringern – insbesondere das Kreditangebot an risikoreichere Kreditnehmer. Diese Darlehen müssen generell mit mehr Eigenkapital unterlegt werden.

In diesem Zusammenhang spielt auch der Umgang mit Krediten an Unternehmen, die sich nicht von einer Rating-Agentur bewerten lassen, eine große Rolle. Basel III sieht für Kredite an Unternehmen ohne externes Rating einen Risikoaufschlag vor. Das betrifft mehr als 90% der Unternehmen in Deutschland und damit über 60% der Arbeitsplätze. Es ist zu erwarten, dass die Banken die verschärften Eigenkapitalanforderungen zumindest zum Teil über eine Verringerung des Kreditangebots an kleinere und mittlere Unternehmen erfüllen werden.

Schätzungen, die auf einer früheren Erhöhung der Eigenkapitalanforderungen beruhen,<sup>2</sup> ergeben Folgendes: Bei einer Erhöhung der Kapitalanforderungen von 1,9 Prozentpunkten haben die Banken ihre Kredite um 16% zurückgefahren, was zu weniger Beschäftigung, Investitionen und Wachstum bei den betroffenen Unternehmen geführt hat. Zudem zeigte sich, dass andere Banken das gesunkene Kreditangebot nicht auffangen. Insofern sind die Befürchtungen der Finanzbranche, dass durch die Reformen der dringend benötigte

\* Dieser Beitrag ist eine leicht veränderte Fassung eines Gastbeitrags gleichen Titels, der am 17.11.2021 in der „Börsen-Zeitung“ erschienen ist.

1 Im Unterschied zum bilanziellen Eigenkapital umfasst das weiter gefasste regulatorische Eigenkapital alle Positionen, die eine Verlustausgleichs- oder Haftungsfunktion übernehmen.

2 Dieser Abschnitt stützt sich auf Gropp, Reint E.; Mosk, T.; Ongena, S.; Wix, C.: Bank Response to Higher Capital Requirements: Evidence from a Quasinatural Experiment, in: *Review of Financial Studies*, Vol. 32 (1), 2019, 266–299.

Finanzierungsrahmen für die digitale und nachhaltige Transformation der Wirtschaft und den europäischen Green Deal erheblich eingeschränkt werden könnte, berechtigt.

## Strengere Regeln für Risikokalkulation verstärken den Effekt

Die strengeren Regeln für interne Risikomodelle bei der Kalkulation des Eigenkapitalbedarfs würden diesen Effekt noch verstärken. Für die Risikokalkulation können Banken entweder Standardmodelle der Bankenaufsicht oder eigene Modelle nutzen. Allerdings erlauben interne Modelle den Banken, ihre Risiken kleinzurechnen. Die Reform sieht deshalb vor, dass der mögliche Vorteil aus der Nutzung dieser internen Risikomodelle beschränkt werden soll: Der mit ihnen errechnete Kapitalbedarf darf maximal 27,5% unter dem Kapitalbedarf liegen, den das Standardverfahren vorhersieht (*output floor*). Dadurch steigen die effektiven Kapitalanforderungen noch mehr, insbesondere für große Banken. Insgesamt würde die Kombination von höheren Eigenkapitalanforderungen und strengeren Regeln bei der Risikoberechnung womöglich sogar zu einer noch stärkeren Reduktion des Kreditangebots führen.

## Spielräume bei der Bankenaufsicht erlauben Manipulation des Eigenkapitals

Kommen wir zum zweiten Problem. Eine aktuelle IWH-Studie hat untersucht, inwieweit Banken ihr Eigenkapital manipulieren können und dies auch tun, wenn sie mit höheren Eigenkapitalanforderungen konfrontiert werden.<sup>3</sup> Die von der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA) 2011 initiierten Kapitalerhöhungen<sup>4</sup> bieten einen einzigartigen empirischen Rahmen, um das Zusammenspiel zwischen supranationalen Vorschriften und nationalem Ermessen zu untersuchen.

Die Möglichkeit der Manipulation entsteht aus der Tatsache, dass unter den Basel-III-Regeln einige Bestandteile des bilanzierten Eigenkapitals nicht als regulatorisches Kapital gelten dürfen. Das betrifft zum

Beispiel die Goodwill-Positionen einer Bank.<sup>5</sup> Diese Bestandteile werden vom bilanzierten Eigenkapital abgezogen, um das regulatorische Kapital zu berechnen. Gelingt es den Banken, den Umfang dieser Abzugsposten zu verringern, können sie ihr regulatorisches Kapital erhöhen, ohne tatsächlich ihre Risikoabsorptionsfähigkeit zu erhöhen oder die Anreize der Eigentümer der Bank zu verändern. Banken „inflationieren“ also ihr regulatorisches Kapital, statt es tatsächlich zu erhöhen.

Diese Manipulation von regulatorischem Kapital geschieht mit dem stillschweigenden Einverständnis der Aufsichtsbehörde und ist dann stärker, wenn Banken in einem Umfeld operieren, das von einer unzureichenden Versorgung der Wirtschaft mit Krediten gekennzeichnet ist. Denn die nationalen Behörden könnten sich aus verschiedenen Gründen für eine nachsichtige Haltung gegenüber ihren inländischen Banken entscheiden und handeln aus einer anderen Motivation heraus als die übergeordnete europäische Ebene: Sie könnten anfällig für regulatorische Vereinnahmung sein und dazu neigen, ihre nationalen Spitzenbanken zu sehr zu schonen. Sie könnten bestrebt sein, durch Bankenzusammenbrüche verursachte Störungen des Finanzsystems und der Realwirtschaft zu minimieren. Ihr Handeln könnte durch politische Erwägungen und den Wahlzyklus eingeschränkt sein, oder staatliche Eingriffe in den Bankensektor könnten aufgrund von Haushaltszwängen nicht durchführbar sein.

Die nationale Bankenaufsicht hat trotz der internationalen Regeln noch immer einen großen Einfluss darauf, wie hoch das regulatorische Kapital, das Banken gegen Risiken vorhalten müssen, am Ende ist. Auch die überarbeiteten Regeln lassen noch großen Spielraum für diskretionäres Verhalten der Aufsicht. In den neuen Regeln wird zum Beispiel die Aufsicht dazu verpflichtet zu prüfen, ob bestimmte individuelle Kapitalpuffer der Banken wieder gesenkt werden können, weil andere Teile des Rahmenwerks für größere Sicherheit sorgen. Damit liegt es in der Verantwortung von Bankenaufsichtern und dem gemeinsamen Aufsichtsmechanismus bei der Europäischen Zentralbank, ob es im Gegenzug für die Verschärfungen an anderer Stelle Erleichterungen geben kann.

<sup>3</sup> Vgl. Gropp, Reint E.; Mosk, T.; Ongena, S.; Simac, I.; Wix, C.: Supranational Rules, National Discretion: Increasing Versus Inflating Regulatory Bank Capital? CEPR Discussion Papers 15764, 2021.

<sup>4</sup> Zu diesem Vorgang vgl. European Banking Authority: EU Capital Exercise Final Results, online unter <https://www.eba.europa.eu/risk-analysis-and-data/eu-capital-exercise/final-results>.

<sup>5</sup> Der Firmenwert (Goodwill) und andere immaterielle Vermögensgegenstände sind im Falle einer Schieflage der Bank möglicherweise nicht verwertbar und stellen daher keinen sicheren Verlustausgleich dar.

## Basel-Regelwerk dennoch ein Erfolg

Insgesamt ist es unstrittig, dass höhere Kapitalanforderungen im Prinzip zu einem stabileren Bankensystem führen. Allerdings ist der Widerstand der Banken gegen echte Erhöhungen des Eigenkapitals stark, da die Kosten – zum Beispiel durch Verwässerung der Anteile der existierenden Aktionäre – hoch sind.

Die Banken versuchen stattdessen, die Anforderungen ohne Eigenkapitalerhöhungen zu erfüllen. Dies wird oftmals von nationalen Aufsichtsbehörden unterstützt. Das führt einerseits dazu, dass die Sorge um ein reduziertes Kreditangebot gerade in Zeiten des strukturellen Umbruchs wahrscheinlich berechtigt ist. Andererseits führt es möglicherweise auch dazu, dass das Eigenkapital der Banken und damit die Stabilität des Bankensystems nicht in dem Maße zunimmt wie beabsichtigt.

Trotzdem haben die Banken ihr Eigenkapital im Vergleich mit der Zeit vor der Finanzkrise 2008/09 bereits deutlich erhöht, was man als Erfolg des Basel-Regelwerks bezeichnen kann. 



Professor Reint Gropp, Ph.D.  
Präsident des IWH

[Reint.Gropp@iwh-halle.de](mailto:Reint.Gropp@iwh-halle.de)

## Meldungen



### Isaac Kerstenetzky Award 2021

Katja Heinisch und Axel Lindner wurden für ihr Papier [Economic Sentiment: Disentangling Private Information from Public Knowledge](#) mit dem Isaac Kerstenetzky Award 2021 in der Kategorie „Honorable Mention“ ausgezeichnet. Der Preis wird für die besten auf der alle zwei Jahre stattfindenden [Konferenz des Centre for International Research on Economic Tendency Surveys \(CIRET\)](#) vorgestellten Papiere verliehen.



### Wirtschafts-Podcast

Im Podcast „Die Wirtschaftsprüfer“ nehmen sich IWH-Präsident [Reint Gropp](#) und MDR-Wirtschaftsredakteur [Ralf Geißler](#) die großen Themen der Wirtschaft vor – so, dass sie jede/r versteht. Hier die jüngsten Ausgaben: „Energiepreise – Wann werden Öl, Gas und Strom wieder billiger?“ (8. November), „Milliarden vom Staat – Über Sinn und Unsinn von Subventionen“ (22. November) und „Prognosen – Warum liegen Ökonomen so oft daneben?“ (14. Dezember, mit [Oliver Holtemöller](#)).

## Veranstaltungen



UPCOMING: Dienstag, 1. März 2022, IWH, Halle (Saale)  
**IWH-Transferkongress „Wirtschaft nach Corona – Was tun für den Ausstieg aus dem Krisenmodus?“**

Im Rahmen seiner jährlichen Transferkongress lädt das IWH Vertreter aus Wissenschaft, Politik und Praxis ein, ins Gespräch zu kommen. Im Mittelpunkt wird die Rolle von Insolvenzen als Indikator der Corona-Krise und die Frage nach Rückwegen aus dem ökonomischen Krisenmodus in den marktwirtschaftlichen Wettbewerbsalltag stehen. Eröffnungsvortrag: [Katja Hessel MdB](#).



UPCOMING: Donnerstag, 5. und Freitag, 6. Mai 2022,  
 Leopoldina, Halle (Saale)

**2nd Finance and Productivity (FINPRO) Conference „Finance and Productivity During and After the Lock-Down“**

A conference jointly organised by the Competitiveness Research Network (CompNet), the European Bank for Reconstruction and Development (EBRD) and the IWH. Keynote-Speaker: [Thomas Philippon](#) (Stern School of Business, New York University).

## Publikationen

The Quarterly Journal of Economics

### ○ Brother, Where Start Thou? Sibling Spillovers on College and Major Choice in Four Countries

*A. Altmejd, A. Barrios-Fernández, M. Drlje, J. Goodman, M. Hurwitz, Dejan Kovač, C. Mulhern, C. Neilson, J. Smith*

>>Family and social networks are widely believed to influence important life decisions, but causal identification of those effects is notoriously challenging. ...<<

The Review of Financial Studies

### The Macroeconomics of Epidemics

*M. S. Eichenbaum, S. Rebelo, Mathias Trabandt*

>>We extend the canonical epidemiology model to study the interaction between economic decisions and epidemics. Our model implies that people cut back on consumption and work to reduce the chances of being infected. These decisions reduce the severity of the epidemic but exacerbate the size of the associated recession. ...<<

Journal of Corporate Finance

### What Does Peer-to-Peer Lending Evidence Say about the Risk-Taking Channel of Monetary Policy?

*Y. Huang, Xiang Li, C. Wang*

>>This paper uses loan application-level data from a peer-to-peer lending platform to study the risk-taking channel of monetary policy. By employing a direct ex-ante measure of risk-taking and estimating the simultaneous equations of loan approval and loan amount, we provide evidence of monetary policy's impact on a nonbank financial institution's risk-taking. ...<<

Journal of the European Economic Association

### Explaining Wage Losses After Job Displacement: Employer Size and Lost Firm Wage Premiums

*Daniel Fackler, Steffen Müller, Jens Stegmaier*

>>This paper investigates whether wage losses after job displacement are driven by lost firm wage premiums or worker productivity depreciations. We estimate losses in wages and firm wage premiums, the latter being measured as firm effects from a two-way fixed-effects wage decomposition. ...<<

Regional Studies

### Regional Effects of Professional Sports Franchises: Causal Evidence from Four European Football Leagues

*Matthias Brachert*

>>The locational pattern of clubs in four professional football leagues in Europe is used to test the causal effect of relegations on short-run regional development. The study relies on the relegation mode of the classical round-robin tournament in the European model of sport to develop a regression-discontinuity design. ...<<

Economic and Industrial Democracy

### Paid Vacation Use: The Role of Works Councils

*L. Goerke, Sabrina Jeworrek*

>>The article investigates the relationship between codetermination at the plant level and paid vacation in Germany. From a legal perspective, works councils have no impact on vacation entitlements, but they can affect their use. ...<<

## Publikationen

Economics Letters

### **Income Inequality and Minority Labor Market Dynamics: Medium Term Effects from the Great Recession**

*S. Contreras, A. Ghosh, Iftekhar Hasan*

>>Using a difference-in-differences framework we evaluate the effect that exposure to a bank failure in the Great Recession period had on income inequality. We find that it led to a 1% higher Gini, relative rise of 38 cents for high earners, and 7% decline for lowest earners in treated MSAs. ...<<

Journal of Banking & Finance

### **Local Banks as Difficult-to-replace SME Lenders: Evidence from Bank Corrective Programs**

*Iftekhar Hasan, K. Jackowicz, R. Jagiełło, O. Kowalewski, Ł. Kozłowski*

>>In this study, we assess capabilities of different types of banks to cater to the financial needs of small and medium-sized enterprises (SMEs). Using a comprehensive dataset from an emerging economy, including the information on local banks' corrective programs, we find that local banks remain difficult-to-replace lenders for SMEs. ...<<

Journal of Financial Stability

### **Consumer Defaults and Social Capital**

*B. Clark, Iftekhar Hasan, H. Lai, F. Li, A. Siddique*

>>Using account level data from a credit bureau, we study the role that social capital plays in consumer default decisions. We find that borrowers in communities with greater social capital are significantly less likely to default on loans, even after adjusting for different levels of income and other characteristics such as credit scores. ...<<

Journal of International Money and Finance

### **Fiscal Policy and Fiscal Fragility: Empirical Evidence from the OECD**

*Makram El-Shagi, Gregor von Schweinitz*

>>In this paper, we use local projections to investigate the impact of consolidation shocks on GDP growth, conditional on the fragility of government finances. Based on a database of fiscal plans in OECD countries, we show that spending shocks are less detrimental than tax-based consolidation. ...<<

## Diskussionspapiere

IWH-Diskussionspapiere Nr. 11/2021

### Non-Standard Errors

*A. J. Menkveld, A. Dreber, F. Holzmeister, J. Huber, M. Johannesson, M. Kirchler, S. Neusüss, M. Razen, U. Weitzel et al.*

IWH-Diskussionspapiere Nr. 12/2021

### U.S. Monetary and Fiscal Policy Regime Changes and Their Interactions

*Y. Chang, Boreum Kwak, S. Qiu*

IWH-Diskussionspapiere Nr. 13/2021

### Dilemma and Global Financial Cycle: Evidence from Capital Account Liberalisation Episodes

*Xiang Li*

IWH-Diskussionspapiere Nr. 14/2021

### Technology Adoption and the Bank Lending Channel of Monetary Policy Transmission

*Iftekhar Hasan, Xiang Li*

IWH-Diskussionspapiere Nr. 15/2021

### Economic Sentiment: Disentangling Private Information from Public Knowledge

*Katja Heinisch, Axel Lindner*

## Pressemitteilungen

IWH-Pressemitteilung 28/2021

### IWH-Insolvenztrend: Leichter Anstieg der Insolvenzzahlen setzt sich fort

>>Nach historischen Tiefstständen ist die Anzahl der Insolvenzen von Personen- und Kapitalgesellschaften in den vergangenen Monaten leicht gestiegen. Dieser Trend hat sich im November fortgesetzt. Die Zahl der betroffenen Jobs verharrt jedoch auf niedrigem Niveau. ...<<

IWH-Pressemitteilung 29/2021

### Konjunktur aktuell: Deutsche Wirtschaft noch nicht immun gegen COVID 19 – Ausblick erneut eingetrübt

>>Pandemiewelle und Lieferengpässe lassen die deutsche Wirtschaft im Winter stagnieren. Wenn ab dem Frühjahr das Infektionsgeschehen abflaut, wird der private Konsum deutlich zulegen. Auch die Angebotsrestriktionen werden nach und nach abgebaut. ...<<

IWH-Pressemitteilung 30/2021

### Gutachten bescheinigt Projektionen der Bundesregierung insgesamt gute Qualität

>>Die Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose hat untersucht, wie treffsicher die ökonomischen Vorhersagen der Bundesregierung in den vergangenen vier Jahren waren. Demnach haben die Prognosen keine systematische Schwäche. Der Hauptgrund für Fehler liegt in der Corona-Pandemie. ...<<

## Das IWH in den Medien

*Reint Gropp*: Talkgast: „[Abgehängt und unverstanden – wie tief ist die Kluft zwischen Stadt und Land?](#)“  
in: ARD „Hart aber fair“ vom 08.11.2021

*Steffen Müller*: Interview zum IWH-Insolvenztrend: „[Keine Spur von Pleitewelle](#)“  
in: SWR Aktuell vom 09.11.2021

*Oliver Holtemöller*: Gastbeitrag: „[Corona: Große Fragezeichen hinter den jüngsten 2G-Beschlüssen](#)“  
in: Münchner Merkur vom 05.12.2021

*Oliver Holtemöller*: Interview: „[Kohleausstieg bis 2030: Das Mitteldeutsche Revier unter Druck](#)“  
in: Deutschlandfunk vom 07.12.2021

*Oliver Holtemöller*: Bericht zur IWH-Prognose: „[Die Erholung verschiebt sich weiter nach hinten](#)“  
in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14.12.2021

## Personalien



Zum 1. Oktober 2021 begrüßte das IWH vier neue Doktorandinnen und Doktoranden: [Lara Aydin](#) in der Abteilung Strukturwandel und Produktivität, [Marius Fourné](#) in der Abteilung Makroökonomik, [Lin Ma](#) in der Abteilung Gesetzgebung, Regulierung und Faktormärkte und [Sithara Thies](#) in der Abteilung Finanzmärkte.

FESTLICH  
DURCHSTARTEN



Unser diesjähriges Weihnachtsmotiv zeigt den erfreulichen Aufwuchs der Drittmitteleinnahmen des Instituts seit dem Jahr 2010.

Das IWH wünscht allen Leserinnen und Lesern des Newsletters „Wirtschaft im Wandel“ **ein frohes Weihnachtsfest sowie ein gesundes Jahr 2022!**





## Impressum

### Herausgeber:

Professor Reint E. Gropp, Ph.D.  
Professor Dr. Oliver Holtemöller  
Professor Michael Koetter, Ph.D.  
Professor Dr. Steffen Müller

### Redaktion:

Dipl.-Volkswirt Tobias Henning  
Layout und Satz: Peggy Krönung  
Tel +49 345 7753 738/721  
Fax +49 345 7753 718  
E-Mail: [Tobias.Henning@iwh-halle.de](mailto:Tobias.Henning@iwh-halle.de)

### Verlag:

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle  
Kleine Märkerstraße 8, D-06108 Halle (Saale)  
Postfach: 110361, D-06017 Halle (Saale)

Tel +49 345 7753 60, Fax +49 345 7753 820  
[www.iwh-halle.de](http://www.iwh-halle.de)

Erscheinungsweise: vier Ausgaben jährlich

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet,  
Beleg erbeten.

Titelbild: ©Ambitious Creative Co. – Rick Barrett  
on [unsplash.com](https://unsplash.com)

Wirtschaft im Wandel, 27. Jahrgang

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 22. Dezember 2021

ISSN 2194-2129